"So macht man Prostitution gesellschaftsfähig"

Stadt zur Frage, ob Asylbewerberheim einst mit öffentlichem Geld gebaut wurde: Mit Schulden gebaut und nur kurz gute Miete bekommen

Schorndorf (mpf).

Wiewohl SPD-Fraktionschef Karl-Otto Völker im Gemeinderat zweite Lesung beantragte und auf Antrag des Grünen-Ratsherrn Andrew Philipps im (gut besuchten) Ratssaal nicht diskutiert wurde, erhitzte das Reizthema Bordell am Donnerstag doch manche Besucher. Bereits in der Bürgerfragestunde kritisierte Rainer Gutmann: "Die Stadt setzt als Vermieterin eines Bordells ein Zeichen für die Jugend. So macht man Prostitution gesellschaftsfähig." OB Winfried Kübler plädierte indessen offen für den Standort Stuttgarter Straße.

"Wie wir alle wissen, ist der Standort, den wir heute schaffen sollen, nicht unumstritten." Er sei auch nicht "Bestandteil des Stadteingangskonzepts von Professor Aminde" gewesen, begründete Karl-Otto Völker seinen Antrag, vertagen, weiter zu diskutieren und die Zeit zu nutzen, "alternative Standorte" zu bedenken. Der SPD-Mann erhielt eine Mehrheit. Danach wurde auch auf die Beratung der damit zusammenhängenden Bebauungspläne "Weiler Straße" und "Niederfeld" verzichtet.

"Wir müssen in irgendeiner Form Farbe bekennen", meinte Oberbürgermeister Winfried Kübler, der seine bereits vorbereitete Stellungnahme (siehe unten) trotzdem vortrug. Zuvor jedoch stellte Planungsamtsleiter Manfred Beier noch einmal den Gang der Diskussion dar. Er betonte, dass die Stadt für den "Fall eines Angriffs" eines Bordellinteressenten "etwas anbieten muss". Sie hätte sonst vor Gericht schlechte Karten. Erstaunlicherweise seien während der Bürgeranhörung "überhaupt keine" Anregungen eingegangen, erst nach Ablauf der Frist, also verspätet. So meldeten sich die Firmen Burger Schloz Automobile und Schloz Automobile Holding. Sie befürchten Geschäftsschädigung für das gegenüberliegende Autohaus, Belästigungen durch die

unerwünschte Hinterlassenschaften. Dann folgte ein Schreiben des evangelischen Diakons i.R. Walter Meng, ferner Schreiben der Bürgerinitiative Alter Baumwasen mit Unterschriftenlisten, ein weiteres privates Protestschreiben und zuletzt auch eines der Diakonie Stetten, deren Behindertenwerkstätten sich in der Stuttgarter Straße befinden. Im Tenor beurteilen sie alle den Standort kritisch. Trotzdem stellte das Bürgermeisteramt in seiner Sitzungsvorlage den Antrag, die Anregungen nicht zu prüfen und die Änderung des Bebauungsplans auf den Weg zu bringen.

Was tun mit der Immobilie?

Die Stadt, das machte gestern auf Nachfrage Erster Bürgermeister Horst Reingruber deutlich, steht auch vor der Frage, was sie

Nutzung von Kundenparkplätzen und auch mit ihrer Immobilie tun soll. Ab 1. August droht ein Leerstand. Einst habe die Städtische Wohnbaugesellschaft (SWS) Anfang der 90er Jahre nach der Zuweisung vieler Asylbewerber das Heim auf Schuldenbasis gebaut. Die Stadt zahlte der SWS Miete. Sie erhielt dafür eine Kostenmiete des Landes. die auch einen Teil für Refinanzierung beinhaltete. Sie war wenige Jahre "sehr gut", räumt Reingruber ein, aber bezahlt sei das Haus nicht. Bereits beim Übergang auf den Landkreis seien die Konditionen für die Stadt schlechter geworden und inzwischen seien sie so, dass die SWS den Vertrag zum 31. Juli 2005 gekündigt hat. OB Kübler ergänzte - "Ich habe nie gedacht, dass ich mich zum Schluss meiner beruflichen Laufbahn in so eine Materie noch einarbeiten muss" -, dass die Stadt im Falle einer Vermietung wesentlich mehr Einfluss auf einen Bordellbetrieb habe als im Falle eines Verkaufs. "Notfalls kann man da auch kündigen." Die Stadt habe beim Bau keine staatlichen Zuschüsse bekommen, wie einer unserer Leser vermutet hatte.

Kübler: Verhältnisse verbessern sich

... gegenüber den Zeiten, in denen Polizei wegen Kriminalität und Rauschgift Razzien veranstaltete

Nach den im Rathaus eingegangenen Protestnoten setzte sich OB Winfried Kübler an den Schreibtisch und verfasste "Erläuterungen zur rechtlichen Situation und zum grundsätzlichen Umgang mit dem Problem Prostitution", die er im Ratssaal vortrug.

Die Vorbehalte in der Bevölkerung gegen eine solche Einrichtung seien verständlich, weil mit den Moralvorstellungen nicht vereinbar, erklärte Kübler. "Wir von der Stadtverwaltung sehen dies auch so. Andererseits müssen wir uns erstens an der Rechtslage orientieren und eine planerische Steuerung vornehmen, was die Platzierung angeht." In Kommunen mit mehr als 35 000 Einwohnern seien Bordelle zulässig. Die Stadt könne nur steuernd eingreifen, letzten Endes aber auf dem gesamten Stadtgebiet deren Einrichtung nicht verbieten. Selbst wenn eine Verordnung des Regierungspräsidiums die Prostitution im Stadtgebiet verbietet, müsse eine Toleranzzone festgelegt werden, wo Prostitution ausdrücklich für zulässig erklärt wird. "Diesen Weg hat Backnang beschritten", dort seien an der Sulzbacher Straße sechs Flurstücke

ausgewiesen. "Was wir als Satzung entscheiden, geht in die gleiche Richtung." Die Stadtverwaltung habe sich schon in verschiedenen Fällen damit konfrontiert gesehen, dass Baugesuche für ganz bestimmte, bereits bestehende und demnach bezugsfertige Gebäude und Anträge auf Einrichtung eines Bordells vorlagen. "Wir haben diese auf wackeliger Rechtsgrundlage zunächst abgewiesen. Wenn wir den Bebauungsplan für die Stuttgarter Straße 77 nicht ändern, leben andere Risiken wieder auf. Wenn ein Antragssteller den Rechtsweg beschreitet, haben wir schlechte Karten." Was das Asyl-bewerberheim angeht, sieht Kübler "keine Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Zustand. Denn dieses Haus ist in den letzten Jahren zu einem Hort der Kriminalität geworden, wo Drogenhandel, Vorbereitung anderer Straftaten, Gewalt, auch illegale Prostitution an der Tagesordnung waren und sind." Ständige Polizeieinsätze bis hin zu Razzien würden dies beweisen. Beschwerden von der Diakonie und deren Werkstätten habe es nicht gegeben. "Im Gegenteil: Im Juli letzten Jahres hat deren Bezirksarbeitskreis Asyl dort ein fröhliches Happening abgehalten."

Schließlich gehe es noch darum, wie Prostitution heute gesamtgesellschaftlich einzuordnen sei - hauptsächlich auch im Blick auf diejenigen, die sie ausüben. Der Bundestag habe am 17. Oktober 2001 ein Gesetz beschlossen und Prostitution am 1. Januar 2002 legalisiert. "Eines der Ziele des Gesetzes war es auch, die Prostituierten und ihre Freier aus der Illegalität zum Beispiel des Straßenstrichs herauszuholen und ihnen damit auch ein Stück weit persönliche Sicherheit zu verschaffen. Diese rechtliche Situation soll und kann natürlich die moralischen Bedenken vieler Menschen gegen die Prostitution nicht beseitigen. Andererseits müssen öffentliche Stellen diesen neuen Rechtszustand akzeptieren und ihr Handeln danach ausrichten."

Zur Kritik an der Lage am Stadteingang merkte Kübler an, dass andere Standorte wie die Haubersbronner Kellerwiesen und das bisherige Arbeitsamt in Weiler "sehr viele Nachteile zusätzlich eingebracht hätten". Dort hätte es auch auf den Straßen Verkehr gegeben: Am Standort Stuttgarter Straße sei dies weniger belastend und au-Berdem auch "besser zu überwachen". Deshalb stelle die Stadtverwaltung diesen Standort auf den ersten Rang, Schließlich forderte Kübler die Stadträte auf, selbst andere praktikable Vorschläge zu machen. "Wir machen keine weiteren Vorschläge."



Offenbar boomt das Geschäft zunehmend, so dass auch Städte unserer Größenordnung als Standorte für Bordelle ausgewählt werden. In früheren Jahren war das unüblich. In unserer sexbeladenen und sexbesessenen Zeit, wo dieses Thema in den Medien tagtäglich aufbereitet wird, ist dies auch nicht verwunderlich. Unsere Gesellschaft hat auch auf diesem Gebiet dem zunehmenden Werteverfall keinen ernsthaften Widerstand

OB Kübler dazu, warum Schorndorf zwar eher nolens als volens, aber doch die Bordell-Kröte schlucken soll.

Wäre eine Diskussion zugelassen worden, hätte sich mancher noch Gedanken machen können.

FDP-FW-Ratsherr Konrad Hofer. Er blieb wie andere auf seinen Gedanken

Behauptungen, dass Stadt und SWS sich von finanziellen Überlegungen leiten ließen, sind unzutreffend. OB Kübler.